

Kita-Satzung 2014	Entwurf Kita-Satzung 2019	
<p>Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf hat in ihrer Sitzung am 07.05.2014 auf der Grundlage von § 3 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12. 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.03.2013 (GVBl. I/13, [Nr. 09], §§ 1, 2 und 6 des Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.03.2004 (GVBl. I/04, [Nr. 8], S.174), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.11.2012 (GVBl. I/12, [Nr. 37]), sowie § 1 ff des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - (Kindertagesstättengesetz- KitaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.2004 (GVBl. I/04, [Nr. 16], S.384), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 05.12.2013 (GVBl. I/13, [Nr. 43]) und dem Achten Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 16.04.2013 (BGBl. I S. 795), die nachfolgende Kindertagesstättensatzung der Stadt Hennigsdorf beschlossen:</p> <p>Inhaltsübersicht: Teil I: Geltungsbereich/Rechtsanspruch Teil II: Grundsätze der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten Teil III: Erhebung von Kindertagesstätten-Beiträgen Teil IV: Kindertagespflege Teil V: Regelung der Ferienbetreuung Teil VI: Schlussbestimmungen</p>	<p><u>Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf hat in ihrer Sitzung am 28.02.2019 auf der Grundlage der §§ 2, 3 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12. 2007 (GVBl. I/07, S. 286), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15.10.2018 (GVBl. I/18, Nr. 23), der §§ 90 Abs. 1, 97 a Achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) vom 14.12.2006 (BGBl. I/02, S. 3134), neu gefasst durch Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I/23, S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 10 des Gesetzes vom 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618) sowie des § 17 des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII), Kindertagesstättengesetz - KitaG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.2004 (GVBl. I/04 S. 384), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 15.10.2018 (GVBl. I/18, S. 27) die nachfolgende Kindertagesstättensatzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in der Kindertagesbetreuung mit folgendem Inhalt beschlossen:</u></p> <p>Teil I: Geltungsbereich und Aufnahme Teil II: Grundsätze der Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten Teil III: Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kita-Plätzen zuzüglich der Zuschüsse zum Mittagessen Teil IV: Ferienbetreuung Teil V: Schlussbestimmungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Rechtsnormen und Daten • Bezug auf KAG entfällt
<u>Teil I</u>	<u>Teil I</u>	

<u>Geltungsbereich / Rechtsanspruch</u>	<u>Geltungsbereich</u>	
<p style="text-align: center;">§ 1 Geltungsbereich</p> <p>Diese Satzung gilt für Kindertagesstätten der Stadt Hennigsdorf. Kindertagesstätten sind sozialpädagogische familienergänzende Einrichtungen der Jugendhilfe, in denen Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit tagsüber gefördert, erzogen, gebildet, betreut und versorgt werden können (nachfolgend Kindertagesstätten genannt).</p>	<p style="text-align: center;">§ 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Diese Satzung gilt für alle Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Hennigsdorf (Anlage 2). Die Stadt betreibt die Kindertagesstätten als einheitliche öffentliche Einrichtung.</p> <p>(2) Aufnahme finden vorrangig Kinder, die ihren Wohnsitz in der Stadt Hennigsdorf haben.</p> <p>(3) Für die Inanspruchnahme eines Platzes in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Hennigsdorf (nachfolgend Träger genannt) werden Kostenbeiträge gemäß § 17 des KitaG des Landes Brandenburg und nach Maßgabe dieser Kostenbeitragssatzung erhoben.</p> <p>(4) <u>Gesetzliche Bestimmungen, wonach für die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen kein Kostenbeitrag von den Personensorgeberechtigten erhoben wird, bleiben unberührt.</u></p>	<p>Die Definition für Kindertagesstätten steht im Kita-Gesetz</p> <p>2014 im § 2 Abs. 2 geregelt</p> <p>2014 im § 13 Abs. 2 geregelt</p> <p>Neu: Beitragsfreiheit jeweils auf der Grundlage des aktuellen Kita-Gesetzes</p>
<p style="text-align: center;">§ 2 Rechtsanspruch</p> <p>(1) Der Rechtsanspruch eines Kindes auf Tagesbetreuung wird durch das Sozialgesetzbuch, 8. Buch, sowie das Kindertagesstätten-Gesetz des Landes Brandenburg in der jeweils gültigen Fassung geregelt.</p> <p>(2) Kindertagesstättenplätze werden vorrangig für Kinder bereitgestellt, die selbst und deren Eltern/Personensorgeberechtigten in Hennigsdorf mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Kinder aus anderen Gemeinden können</p>		<p>entfällt, da der Rechtsanspruch durch das SGB VIII und § 1 Kita-Gesetz geregelt wird</p> <p>Regelung erfolgt im § 1 Abs. 2</p>

aufgenommen werden, wenn freie Kapazitäten vorhanden sind.		
	<p style="text-align: center;">§ 2 Aufnahme von Kindern</p> <p>(1) Voraussetzung für die Aufnahme eines Kindes in eine Kindertagesstätte des Trägers ist der Abschluss eines Betreuungsvertrages. Für Kinder bis zum Wechsel in die Grundschule sowie für Kinder im Grundschulalter werden gesonderte Verträge geschlossen.</p> <p>(2) Die Betreuungsverträge und die darin getroffenen Vereinbarungen gelten, sofern sie nicht nach § 4 gekündigt wurden, ab dem ersten Betreuungstag bis zum Wechsel in die Grundschule. Betreuungsverträge für Grundschul Kinder gelten bis zum Wechsel in die 5. Schuljahrgangsstufe. Wird ein Bedarf in der 5. oder 6. Klasse nachgewiesen, so endet der Vertrag ohne Kündigung zum Ende der Grundschulzeit.</p> <p>(3) Für Kinder, deren gewöhnlicher Wohnsitz nicht die Stadt Hennigsdorf ist, müssen vor Aufnahme von der zuständigen Wohnortgemeinde eine Bestätigung des Rechtsanspruchs mit Festlegung über den Betreuungsumfang sowie eine Erklärung zur Übernahme der Platzkosten vorliegen.</p>	<p>Zukünftig werden die Fragen der Organisation der Kitas in den Betreuungsverträgen geregelt.</p> <p>bisher geregelt im § 5 Abs. 7</p> <p>Regelung dient der Klarheit, sie ist bereits Praxis</p>
<p><u>Teil II</u></p> <p><u>Grundsätze der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten</u></p>	<p><u>Teil II</u></p> <p><u>Grundsätze der Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten</u></p>	
<p>§ 3 Aufgaben der Kindertagesstätten</p> <p>Kindertagesstätten der Stadt Hennigsdorf haben insbesondere die Aufgabe:</p>		keine Regelung mehr in der Satzung, da die Aufgaben im § 3

<ul style="list-style-type: none">- die Entwicklung der Kinder durch ein ganzheitliches Bildungs-, Erziehungs-, Betreuungs- und Versorgungsangebot zu fördern.- den Kindern Erlebnis-, Handlungs- und Erkenntnismöglichkeiten ausgehend von ihren Bedürfnissen in ihrem Lebensumfeld zu erschließen.- die Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit der Kinder zu stärken, u.a. durch eine alters- und entwicklungsgemäße Beteiligung an Entscheidungen in der Einrichtung.- die Entfaltung der körperlichen, geistigen und sprachlichen Fähigkeiten der Kinder sowie ihrer seelischen, musischen und schöpferischen Kräfte zu unterstützen und dem Kind Grundwissen über seinen Körper zu vermitteln.- die unterschiedlichen Lebenslagen, kulturellen und weltanschaulichen Hintergründe sowie die alters- und entwicklungsbedingten Bedürfnisse der Jungen und Mädchen zu berücksichtigen.- das gleichberechtigte, partnerschaftliche, soziale und demokratische Miteinander sowie das Zusammenleben von Kindern mit und ohne Behinderungen zu fördern.- den Kindern die Achtung vor dem Alter mit notwendiger gegenseitiger Hilfe und Akzeptanz zu vermitteln.- eine gesunde Ernährung und Versorgung zu gewährleisten.- einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt zu vermitteln und einen nach ökologischen Gesichtspunkten gestalteten Lernort zu bieten.		des Kita-Gesetzes definiert sind
--	--	----------------------------------

<p>§ 4 Beteiligung der Eltern/Personensorgeberechtigten</p> <p>(1) Die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder erfolgt auf der Grundlage der für Kindertagesstätten geltenden gesetzlichen Regelungen und der durch den Kindertagesstätten-Ausschuss beschlossenen pädagogischen Konzeption.</p> <p>(2) Die Eltern/Personensorgeberechtigten beteiligen sich an der Konzeptionsentwicklung und Fragen ihrer organisatorischen Umsetzung in der Arbeit der Kindertagesstätte. Sie können Hospitationen in der Kindertagesstätte nach vorheriger Absprache mit der Erzieherin durchführen und sich an gemeinsamen Unternehmungen beteiligen. Bei der Aufnahme eines Kindes in der Altersgruppe 2 Monate - 6 Jahre sollen die Eltern/Personensorgeberechtigten während der Eingewöhnungsphase anwesend sein.</p> <p>(3) Es wird vorausgesetzt, dass die Eltern/Personensorgeberechtigten im Interesse des Kindes an den von der Kindertagesstätte einberufenen Elternversammlungen teilnehmen. Für Einzelgespräche steht die Gruppenerzieherin und bei Bedarf auch die zuständige Kindertagesstätten-Leitung zur Verfügung.</p> <p>(4) Bei Änderung der Anschrift/Telefonnummer sind die Eltern/Personensorgeberechtigten verpflichtet, dieses sofort dem Träger der Kindertagesstätte mitzuteilen. Für den Fall, dass die Eltern/Personensorgeberechtigten nicht erreichbar sind, ist die Anschrift/Telefonnummer einer Kontaktperson anzugeben.</p>		<p>keine Regelung der Absätze 1 bis 3 in der Satzung, da die Beteiligung im § 6 des Kita-Gesetzes definiert ist</p> <p>Abs. 4 wird in den Betreuungsverträgen geregelt</p>
--	--	--

§ 5 Antragstellung/Aufnahmeverfahren	§ 3 Antragstellung und Aufnahmeverfahren	
<p>(1) Der Antrag auf Kindertagesbetreuung wird durch die Eltern/Personensorgeberechtigten bei der Stadtverwaltung Hennigsdorf, Fachdienst Kita und Jugend, bis spätestens 31.05. des laufenden Jahres für das folgende Schuljahr gestellt.</p> <p>(2) Anträge, die nach dem 31.05. gestellt werden, werden berücksichtigt, wenn die Eltern den Antrag aus sachlichem Grund nicht fristgerecht stellen konnten und freie Plätze vorhanden sind.</p> <p>(3) Über die Aufnahme eines Kindes entscheidet der Träger.</p> <p>(4) Die Neuaufnahme eines Kindes, das einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung hat, erfolgt unter Beachtung der Absätze 1 und 2 zum Wunschzeitpunkt bzw. spätestens 3 Monate nach Eingang des Antrages jeweils zum 1. des Monats.</p> <p>(5) Der Betreuungsbedarf eines Kindes in der 5. und 6. Schuljahrgangsstufe sowie eines Kindes, das das 1. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist nachzuweisen. Als Nachweis gelten u.a. die Bescheinigung des Arbeitgebers über Berufstätigkeit oder Ausbildung der Eltern/Personensorgeberechtigten.</p> <p>(6) Jedes Kind, das nicht Grundschulkind ist, muss vor Aufnahme in eine Kindertagesstätte ärztlich untersucht werden. Die Aufnahme des Kindes ist nur dann möglich, wenn die Eltern/Personensorgeberechtigten durch Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung die Unbedenklichkeit der Aufnahme nachweisen. Diese Bescheinigung soll Angaben zu bisher</p>	<p>(1) Der Antrag auf Kindertagesbetreuung soll durch die Personensorgeberechtigten bis spätestens 31.05. des laufenden Jahres in der <u>Stadtverwaltung</u> Hennigsdorf für das folgende Kita-Jahr (ab 1. August) gestellt werden.</p> <p>(2) Anträge, die nach dem 31.05. eingehen, werden nur berücksichtigt, wenn freie Plätze vorhanden sind.</p> <p>(3) Über die Aufnahme eines Kindes entscheidet der Träger.</p> <p>(4) Die Neuaufnahme eines Kindes, das einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung hat, erfolgt unter Beachtung der Absätze 1 und 2 zum Wunschzeitpunkt bzw. spätestens 3 Monate nach Eingang des Antrages jeweils zum 1. des Monats.</p> <p>(5) Der Betreuungsbedarf eines Kindes in der 5. und 6. Schuljahrgangsstufe sowie eines Kindes, das das 1. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist nachzuweisen.</p>	<p>-Empfänger der Anträge ist die Stadtverwaltung -der Beginn des Kita-Jahres wird zur Klarstellung definiert</p> <p>der Grund, warum Anträge nicht rechtzeitig gestellt wurden, ist nicht relevant – Kürzung der Satzung</p> <p>Satz 2 entfällt im Interesse der Übersichtlichkeit der Satzung</p> <p>wird im Betreuungsvertrag Kita geregelt</p>

<p>erfolgten Impfungen sowie zu überstandenen Kinderkrankheiten enthalten und darf nicht älter als eine Woche sein.</p> <p>(7) Zwischen den Eltern / Personensorgeberechtigten und dem Träger der Einrichtung wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen, der das Betreuungsverhältnis in der Kindertagesstätte regelt. Der Betreuungsvertrag und die darin getroffenen Vereinbarungen sind gültig ab Beginn der Erstaufnahme bis zum Wechsel in die 5. Schuljahrgangsstufe, bei nachgewiesenem Bedarf gemäß Absatz 5 bis zum Ende der Grundschulzeit, sofern er nicht nach den Vorschriften des § 6 gekündigt wurde.</p>		<p>ist geregelt im § 2 Abs.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6 Kündigung</p> <p>(1) Die Eltern/Personensorgeberechtigten und der Träger können den Betreuungsvertrag mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende kündigen. Für die Wahrung der Kündigungsfrist ist das Datum des Posteingangs in der Stadtverwaltung Hennigsdorf bzw. das Datum des Poststempels maßgebend.</p> <p>(2) Die Kündigung bedarf der Schriftform. Wird die Kündigung durch den Träger ausgesprochen, so ist sie schriftlich zu begründen.</p> <p>(3) Der Träger kann den Vertrag fristlos kündigen und das Kind vom Besuch der Kindertagesstätte ausschließen, wenn die Eltern/Personensorgeberechtigten trotz Mahnung ihren Zahlungsverpflichtungen zwei Monate nicht nachkommen bzw. in Höhe von 2 Monatsbeiträgen im Zahlungsrückstand sind und/oder wiederholt gegen die Vereinbarungen im Betreuungsvertrag</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Kündigung / Ausschluss</p> <p>(1) Die Personensorgeberechtigten und der Träger können den Betreuungsvertrag mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende kündigen. Für die Wahrung der Kündigungsfrist ist das Datum des Posteingangs in der Stadtverwaltung Hennigsdorf bzw. das Datum des Poststempels maßgebend.</p> <p>(2) Der Träger kann den Vertrag fristlos kündigen und das Kind vom Besuch der Kindertagesstätte ausschließen, wenn die Personensorgeberechtigten</p> <ul style="list-style-type: none"> • trotz Mahnung ihren Zahlungsverpflichtungen zwei Monate nicht nachkommen oder in Höhe von 2 Monatsbeiträgen im Zahlungsrückstand sind und/oder • wiederholt gegen die Vereinbarungen im Betreuungsvertrag und/oder wiederholt • gegen die Kindertagesstätten-Satzung 	<p>wurde bisher im § 6 Abs. 3 geregelt</p>

<p>und/oder wiederholt gegen die Kindertagesstätten-Satzung verstoßen.</p> <p>(4) Wird ein Kind aus einer anderen Gemeinde aufgenommen oder verzieht ein betreutes Kind und dessen Eltern/Personensorgeberechtigte in eine andere Gemeinde, so kann die Stadt Hennigsdorf den Betreuungsvertrag jederzeit fristgemäß kündigen. Die Absätze 1 bis 3 bleiben unberührt.</p>	<p>verstoßen.</p> <p>(3) <u>Ein Kind kann fristlos vom Besuch einer Kindertagesstätte zeitweise ausgeschlossen oder gekündigt werden, wenn durch sein oder das Verhalten der Eltern/Personensorgeberechtigten die Erziehungsarbeit in der Kindertagesstätte und/oder die Gesundheit anderer Personen gefährdet ist.</u></p> <p>(4) Die Kündigung und der Ausschluss bedürfen der Schriftform. Wird die Kündigung durch den Träger ausgesprochen, so ist sie schriftlich zu begründen. Fehlt zum Zeitpunkt der Kündigung oder des Ausschlusses die Schriftform, so ist sie unverzüglich nachzuholen. <u>In den Fällen des Abs. 2 und 3 ist das Jugendamt rechtzeitig über die beabsichtigte Kündigung/den Ausschluss zu informieren.</u></p> <p>(5) Wird ein Kind aus einer anderen Gemeinde aufgenommen oder verzieht ein betreutes Kind und dessen Eltern/Personensorgeberechtigte in eine andere Gemeinde, so kann der Träger den Betreuungsvertrag jederzeit fristgemäß kündigen.</p>	<p>-neue Regelung zum Schutz der Sicherheit von Kindern und Fachkräften -neu ist auch die Möglichkeit des zeitweisen Ausschlusses - dies dient der Klärung und Prüfung der Geeignetheit der Betreuung in einer Regel-Kita</p> <p>bisher im § 6 Abs. 2 geregelt</p> <p>die Information des Jugendamtes wird neu im Interesse des Kindeswohls geregelt</p> <p>der letzte Satz ist entbehrlich, da die Absätze nicht alternativ anzuwenden sind</p>
<p>§ 7 Versicherung</p> <p>Durch Bundesgesetz sind alle Kinder in die gesetzliche Unfallversicherung aufgenommen. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Tätigkeiten, die in ursächlichem Zusammenhang mit dem Besuch der Kindertagesstätten stehen. Hierzu werden auch gemeinsame Ausflüge und Besichtigungen gerechnet.</p>		<p>wird bereits bundesrechtlich geregelt, die Information erfolgt in den Betreuungsverträgen</p>

<p style="text-align: center;">§ 8 Gesundheitsvorsorge</p> <p>(1) Der Träger der Kindertagesstätten unterstützt das Gesundheitsamt dabei, dass alle in Tagesbetreuung befindlichen Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht in Ergänzung sonstiger Vorsorgeangebote einmal jährlich ärztlich und zahnärztlich untersucht werden und der Impfstatus überprüft wird.</p> <p>(2) Erkrankt ein Kind an einer übertragbaren Krankheit gemäß § 34 Abs. 1 oder 2 Infektionsschutzgesetz, ist dessen verdächtig oder verlaust oder treten in der Familie/Wohngemeinschaft des Kindes übertragbare Krankheiten gemäß § 34 Abs. 3 auf, so sind die Eltern / Personen-sorgeberechtigten gemäß § 34 Abs. 5 verpflichtet, dies der Betreuungseinrichtung unverzüglich zu melden.</p> <p>(3) Kinder, die an einer übertragbaren Krankheit leiden, dürfen die Kindertagesstätte nicht besuchen. Ausnahmen bedürfen der ausdrücklichen ärztlichen Zustimmung. Desgleichen bedarf es einer ärztlichen Entscheidung, ob Kinder, die krankheits- oder ansteckungsverdächtig sind oder die Krankheitserreger ausscheiden, ohne selbst erkrankt zu sein, die Kindertagesstätte besuchen dürfen.</p> <p>(4) Fehlt ein Kind wegen einer ansteckenden Krankheit, muss vor Wiederaufnahme die Unbedenklichkeit durch Vorlage eines ärztlichen Attests bescheinigt werden.</p> <p>(5) Das Personal der Kindertagesstätte darf den Kindern grundsätzlich keine Medikamente verabreichen. Ist zur Beendigung einer medizinischen Behandlung bzw. bei chronischer</p>		<p>§ 8 wird neu in den Betreuungsverträgen (BV) geregelt</p> <p>- Abs. 1 nur im BV Kita</p> <p>- ab Abs. 2 in den BV Kita und Hort</p>
--	--	---

<p>Erkrankung die Einnahme eines Medikamentes unbedingt erforderlich, müssen die Eltern / Personen-sorgeberechtigten eine vom Arzt ausgefüllte sowie unterschriebene Bescheinigung, in der genaue Angaben zum Medikament und dessen Dosierung gemacht sind, in der Kindertagesstätte abgeben.</p> <p>(6) Bei Unfällen von Kindern in der Kindertagesstätte ist das Personal verpflichtet, Erste Hilfe zu leisten und bei Bedarf die ärztliche Versorgung zu sichern. Die Eltern/Personensorgeberechtigten sind unverzüglich zu benachrichtigen. Ist es für den Transport des Kindes zum Durchgangsarzt notwendig, einen PKW zu benutzen, so sind die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten (Vorhandensein der notwendigen Kindersicherungen und eines dem Alter des Kindes entsprechenden Kindersicherheits-sitzes).</p>		
<p style="text-align: center;">§ 9 Sonstige Regelungen</p> <p>(1) Die Kindertagesstätte ist unabhängig von § 18 Abs. 4 davon in Kenntnis zu setzen, wenn das Kind die Kindertagesstätte länger als 3 Tage nicht besucht.</p> <p>(2) Die Aufsicht über die Kinder auf dem Hin- und Rückweg zur und von der Kindertagesstätte obliegt allein den Eltern/Personensorgeberechtigten bzw. deren Bevollmächtigten. Der Kindertagesstättenträger und sein Personal haben grundsätzlich ihre Pflicht erfüllt, wenn sie das Kind in der vereinbarten Weise aus der Kindertagesstätte entlassen.</p> <p>(3) Sollten die Eltern / Personensorge-berechtigten</p>		<p>Regelung erfolgt im Betreuungsvertrag (BV)</p> <p>- in den BV Kita und Hort</p> <p>- in den BV Kita und Hort</p> <p>- nur im BV Kita</p>

<p>der Meinung sein, dass ihr Kind in der Lage ist, den Weg zur Kindertagesstätte und von der Kindertagesstätte nach Hause allein zurückzulegen, ist bei Kindern bis zum Beginn der Schulpflicht vorab eine Bescheinigung der Eltern / Personen-sorgeberechtigten notwendig.</p> <p>(4) Die Eltern / Personensorgeberechtigten und das Personal der Kindertagesstätten sollen zusammenarbeiten, um Grundschulkinder zu befähigen, den Weg zwischen Schule und Hort allein zurück zu legen. Der Kita- Ausschuss beschließt über Art und Umfang der Unterstützung und Begleitung durch die jeweilige Kindertagesstätte.</p>		<p>- nur im BV Hort</p>
<p style="text-align: center;">§ 10 - Betreuungszeiten</p> <p>(1) Die Betreuung eines Kindes von 2 Monaten bis zur Einschulung erfolgt grundsätzlich in der Kernbetreuungszeit. Kernbetreuung ist ein fester zeitlicher Rahmen von 6 Stunden, der durch die Kindertagesstätten entsprechend ihres Tagesablaufes festgelegt wird.</p> <p>(2) Kinder im Grundschulalter werden in der Regel ab Ende des Unterrichts für maximal 4 Stunden täglich betreut. Bei Bedarf kann eine Betreuung vor Unterrichtsbeginn in Anspruch genommen werden.</p> <p>(3) Entsprechen die Betreuungszeiten gemäß Absatz 1 und 2 insbesondere aufgrund der häuslichen Abwesenheit der Eltern/ Personensorgeberechtigten nicht der familiären Situation des zu betreuenden Kindes, entscheidet</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 - Betreuungszeiten</p> <p>(1) Die <u>Regel</u>betreuung eines Kindes im Alter von 2 Monaten bis zur Einschulung erfolgt grundsätzlich in der Kernbetreuungszeit. Kernbetreuung ist ein fester zeitlicher Rahmen von 6 Stunden, der durch die Kindertagesstätten entsprechend ihres Tagesablaufes festgelegt wird.</p> <p>(2) Kinder im Grundschulalter werden in der Regel ab Ende des Unterrichts für maximal 4 Stunden täglich betreut. Bei Bedarf kann eine Betreuung vor Unterrichtsbeginn in Anspruch genommen werden.</p> <p>(3) Entsprechen die Betreuungszeiten gemäß Absatz 1 und 2 insbesondere aufgrund der häuslichen Abwesenheit der Eltern/Personensorgeberechtigten nicht der familiären Situation des zu betreuenden Kindes, entscheidet der Träger auf begründeten schriftlichen Antrag über <u>eine stundenweise</u></p>	<p>Die Staffelung der täglichen Betreuungsstunden erfolgt zukünftig stundenweise (Kita 4, 5, 6 ... Stunden, Hort 2, 3, 4 ... Stunden)</p>

<p>der Träger auf begründeten schriftlichen Antrag über nachfolgende Betreuungszeiten:</p> <p>A) Bis zum Erreichen des Grundschulalters:</p> <ul style="list-style-type: none"> - verlängerte Betreuung max. 8 h täglich - erhöhte Betreuung max. 10 h täglich - Spätbetreuung über 10 Stunden täglich <p>B) Im Grundschulalter:</p> <ul style="list-style-type: none"> -verlängerte Betreuung max. 5,5 h täglich -erhöhte Betreuung max. 7 h täglich -Spätbetreuung über 7 h täglich -Betreuung während der Ferienzeit (Teil V dieser Satzung) entsprechend der Betreuungszeiten im Vorschulalter. <p>(4) Die Eltern/Personensorgeberechtigten können für ihr Kind im Alter von 2 Monaten bis zum Wechsel in die Grundschule einen Halbtagsplatz mit max. 4 Stunden täglich in Anspruch nehmen. Die Kindertagesstätten legen die Kernbetreuungszeit für Halbtagsplätze fest. Für Kinder im Grundschulalter wird eine verkürzte Betreuung von maximal 2,5 Stunden täglich angeboten, die in der Regel mit Unterrichtsende beginnt.</p> <p>(5) Haben Grundschulkinder nur Bedarf an einer Hausaufgabenbetreuung, so kann alternativ ein Vertrag über 1 Stunde abgeschlossen werden. Ein Anspruch auf diese Betreuungsform besteht nicht. Die Betreuung findet in der Schule und nur während der Schulzeit statt. In den Ferien kann die Betreuung auf der Grundlage des Teils V – Regelungen für die Ferienbetreuung – erfolgen.</p> <p>(6) Schwankt der tägliche Betreuungsbedarf eines Kindes aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern/Personensorgeberechtigten, so kann auf schriftlichen Antrag eine wöchentliche</p>	<p><u>Erhöhung der täglichen Betreuungszeit. Die Maximalbetreuung beträgt für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren 12 Stunden täglich und für Kinder von 6 – 12 Jahren 8 Stunden täglich.</u></p> <p>(4) Die Eltern/Personensorgeberechtigten können für ihr Kind im Alter von 2 Monaten bis zum Wechsel in die Grundschule eine <u>verkürzte tägliche Betreuung von 4 oder 5 Stunden</u> täglich in Anspruch nehmen. Für Kinder im Grundschulalter wird eine verkürzte Betreuung von <u>2 oder 3 Stunden</u> täglich angeboten, die in der Regel mit Unterrichtsende beginnt.</p> <p>(5) Schwankt der tägliche Betreuungsbedarf eines Kindes aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern/Personensorgeberechtigten, so kann auf schriftlichen Antrag eine wöchentliche Betreuungszeit vereinbart werden. Diese entspricht</p>	<p>das Projekt Hausaufgabenbetreuung wurde 2015 eingestellt</p>
---	--	---

<p>Betreuungszeit vereinbart werden. Diese entspricht dem Umfang nach der fünffachen Betreuungsleistung nach Abs. 1 bis 4. Über die Inanspruchnahme der wöchentlichen Betreuungszeit ist die Kindertagesstätte durch die Eltern/Personensorgeberechtigten jeweils mindestens eine Woche im Voraus zu informieren.</p> <p>(7) Der Betreuungsumfang, der im Bescheid über die Festsetzung des Elternbeitrages geregelt ist, gilt längstens für ein Schuljahr. Eine Änderung erfolgt, wenn die familiäre Situation des Kindes längere Betreuungszeiten nach Abs. 3 erforderlich oder nicht mehr erforderlich macht. Die Änderung gilt frühestens ab dem nächsten 1. des Monats, der der Antragstellung folgt. Ergibt sich im laufenden Monat ein begründeter höherer Betreuungsbedarf, so kann die Veränderung rückwirkend zum 1. des laufenden Monats erfolgen.</p> <p>(8) Die Betreuung der Kinder erfolgt innerhalb der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtung. Diese sind in der Anlage 2 aufgeführt.</p>	<p>dem Umfang nach der fünffachen Betreuungsleistung nach Abs. 1 bis 4.</p> <p>(6) Der Betreuungsumfang, der im Bescheid über die Festsetzung des Kostenbeitrages geregelt ist, gilt längstens für ein Kita-Jahr. Eine Änderung erfolgt, wenn die familiäre Situation des Kindes längere Betreuungszeiten nach Abs. 3 erforderlich oder nicht mehr erforderlich macht. Die Änderung gilt frühestens ab dem nächsten 1. des Monats, der der Antragstellung folgt. Ergibt sich im laufenden Monat ein begründeter höherer Betreuungsbedarf, so kann die Veränderung rückwirkend zum 1. des laufenden Monats erfolgen.</p> <p>(7) Die Betreuung der Kinder erfolgt innerhalb der Öffnungszeiten. Diese sind in der Anlage 2 aufgeführt; die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.</p>	<p>§ 10 Abs. 6, Satz 3 der 2014er Satzung wird zukünftig im BV Kita geregelt</p>
<p>§ 11 Überschreitung der Betreuungszeiten</p> <p>(1) Die Eltern/Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, die vereinbarte Betreuungszeit im Rahmen der Öffnungszeiten der Kindertagesstätte einzuhalten. Bei der vereinbarten Betreuungsleistung handelt es sich um eine tägliche bzw. wöchentliche Maximalbetreuungszeit.</p> <p>(2) Wird die vereinbarte Betreuungsleistung wiederholt überschritten, so stellt der Träger grundsätzlich je angefangene Stunde 5 EUR in</p>	<p>§ 6 Überschreitung der Betreuungszeiten</p> <p>(1) Die Eltern/Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, die vereinbarte Betreuungszeit im Rahmen der Öffnungszeiten der Kindertagesstätte einzuhalten. Bei der vereinbarten Betreuungsleistung handelt es sich um eine tägliche bzw. wöchentliche Maximalbetreuungszeit.</p> <p>(2) Wird die vereinbarte Betreuungsleistung wiederholt überschritten, so stellt der Träger grundsätzlich je angefangene Stunde 5 EUR in Rechnung.</p>	

<p>Rechnung.</p> <p>(3) Muss eine Kindertagesstätte über die Schließzeit hinaus geöffnet bleiben, weil ein Kind wiederholt nicht rechtzeitig abgeholt wurde, werden den Eltern / Personensorgeberechtigten grundsätzlich je angefangene Stunde 25 EUR in Rechnung gestellt.</p>	<p>(3) Muss eine Kindertagesstätte über die Schließzeit hinaus geöffnet bleiben, weil ein Kind nicht rechtzeitig abgeholt wurde, können den Personensorgeberechtigten grundsätzlich je angefangene Stunde 25 EUR in Rechnung gestellt werden.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 12 Schließtage</p> <p>(1) Die Kindertagesstätten sind an den sogenannten Brückentagen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. Diese Tage sowie die Notbetreuungseinrichtung werden jeweils im Oktober des Vorjahres veröffentlicht.</p> <p>(2) An bis zu zwei Tagen im Jahr können die Kindertagesstätten zum Zwecke von Teamfortbildung geschlossen werden. Die Eltern/Personensorgeberechtigten werden durch die jeweilige Betreuungseinrichtung möglichst bis zum 31. 01. des Jahres über den Zeitpunkt der Teamfortbildungen informiert.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Schließtage</p> <p>(1) <u>An bis zu vier Tagen im Jahr</u> können die Kindertagesstätten zum Zwecke von Teamfortbildungen geschlossen werden. Die Personensorgeberechtigten werden durch die jeweilige Betreuungseinrichtung in der Regel bis zum 31.01. des laufenden Jahres über den Zeitpunkt der Schließtage informiert.</p> <p>(2) Die Kindertagesstätten sind an den sogenannten Brückentagen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. Diese Tage sowie die Notbetreuungseinrichtung werden jeweils im Oktober des Vorjahres veröffentlicht.</p>	<p>Erhöhung von 2 auf bis zu 4 Schließtage für Fortbildung und Evaluation der päd. Arbeit (Qualitätsmanagement)</p>
<p style="text-align: center;"><u>Teil III</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Erhebung von Kindertagesstätten- Beiträgen</u></p>	<p style="text-align: center;"><u>Teil III:</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kita-Plätzen zuzüglich der Zuschüsse zum Mittagessen</u></p>	
<p style="text-align: center;">§ 13 Allgemeines</p> <p>(1) Die Kita-Beiträge und das Essengeld werden als öffentlich-rechtliche Beiträge in Form von</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Allgemeines</p> <p>(1) Der Kostenbeitrag wird als öffentlich-rechtliche Forderung erhoben und für jeweils ein Kita-Jahr</p>	

<p>Gebühren erhoben.</p> <p>(2) Die Eltern/Personensorgeberechtigten beteiligen sich nach ihrem Einkommen an den Jahresbetriebskosten der Kindertagesstätte entsprechend der Festlegungen im Kindertagesstätten-Gesetz für das Land Brandenburg und auf der Grundlage dieser Kindertagesstättenatzung.</p> <p>(3) Die Einkommensermittlung erfolgt auf der Grundlage einer Erklärung zum Einkommen der Eltern / Personensorgeberechtigten. Die Eltern / Personen-sorgeberechtigten sind dabei verpflichtet, bis spätestens 31.05. des laufenden Jahres, bei Neuaufnahmen vor Aufnahme des Kindes, ihr Einkommen des Kalendervorjahres zur Festsetzung des Kindertagesstätten-Beitrags (nachfolgend Kita-Beitrag genannt) anzugeben.</p> <p>(4) Die Angaben zur Einkommenshöhe sind gegenüber dem Träger der Kindertagesstätte durch Vorlage der entsprechenden Einkommensbescheinigungen glaubhaft zu machen.</p> <p>(5) Werden die Erklärung zum Einkommen und die eine Staffelung rechtfertigenden Unterlagen zur Einkommenshöhe nicht oder nicht vollständig vorgelegt, wird der Höchstbeitrag festgesetzt.</p> <p>(6) Der Kindertagesstätten-Beitrag wird in 12 Monatsraten erhoben und jeweils am 28. des laufenden Monats fällig.</p> <p>(7) Kita- Beiträge werden unabhängig von der Anwesenheit der Kinder nicht zurückerstattet.</p>	<p>festgesetzt.</p> <p>(2) Die Ermittlung des Kostenbeitrages erfolgt <u>nach Maßgabe von §§ 10 und 11 dieser Satzung</u> auf der Grundlage einer jährlichen Erklärung der Beitragspflichtigen über ihre familiäre und wirtschaftliche Situation. Diese legen die Beitragspflichtigen einmal jährlich auf Verlangen des Trägers vor sowie bei Neuaufnahmen vor Aufnahme des Kindes.</p> <p>(3) Die Angaben zur Einkommenshöhe sind gegenüber dem Träger durch Vorlage <u>geeigneter Einkommensbescheinigungen (Lohnsteuer- und Jahresverdienstbescheinigungen, bei Selbstständigen Einkommenssteuerbescheid o.ä.)</u> glaubhaft zu machen.</p> <p>(4) Werden die Erklärung zur Ermittlung des Kostenbeitrages und die eine Staffelung rechtfertigenden Unterlagen nicht oder nicht vollständig <u>bis zum 30.04. des Jahres</u> vorgelegt, wird der Höchstbeitrag festgesetzt.</p> <p>(5) Der Kostenbeitrag wird in 12 Monatsraten erhoben und jeweils am 28. des laufenden Monats fällig.</p> <p>(6) Die Kostenbeitragspflicht besteht unabhängig von der Anwesenheit des Kindes.</p>	<p>Abs. 2 der 2014er Satzung ist im Kita-Gesetz § 17 Abs. 1 und 2 geregelt</p> <p>- Kürzung im Interesse der Übersichtlichkeit der Satzung - die Frist ist im Abs. 4 geregelt, die Vorlage der Einkommenserklärung kann zur Koordinierung des Verwaltungsaufwandes bereits vorher gefordert werden.</p>
---	--	---

<p>(8) Werden Kinder betreut, für die die Personensorgeberechtigten Pflegegeld erhalten (Pflegekinder), so übernimmt der örtliche Träger auf Antrag der Personensorgeberechtigten die Kita- Beiträge in Höhe des Durchschnitts der Kita- Beiträge des Trägers. Bei der Bereinigung des Jahresnettoeinkommens nach § 17 werden Pflegekinder nicht berücksichtigt.</p>	<p>(7) Werden Kinder betreut, für die die Personensorgeberechtigten Pflegegeld erhalten (Pflegekinder), so übernimmt der örtliche Träger auf Antrag der Personensorgeberechtigten die Kostenbeiträge in Höhe des Durchschnitts der <u>Kostenbeiträge</u> des Trägers. Bei der <u>Staffelung der Kostenbeiträge</u> nach § 17 <u>KitaG</u> werden Pflegekinder nicht berücksichtigt.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 14 Beitragspflichtige</p> <p>(1) Beitragspflichtig sind die Eltern/Personensorgeberechtigten, auf deren Veranlassung hin das Kind Tagesbetreuung in Anspruch nimmt.</p> <p>(2) Personensorgeberechtigt ist, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des BGB die Personensorge zusteht.</p> <p>(3) Erfüllen mehrere Personen die Voraussetzungen von Abs. 1, so haften sie als Gesamtschuldner.</p> <p>(4) Bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften wird das Einkommen beider Partner zugrunde gelegt, sofern sie Eltern des Kindes sind.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Beitragspflichtige</p> <p>(1) Beitragspflichtig sind die Personensorgeberechtigten, auf deren Veranlassung hin das Kind Tagesbetreuung in Anspruch nimmt.</p> <p>(2) Personensorgeberechtigt ist, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des BGB die Personensorge zusteht.</p> <p>(3) Erfüllen mehrere Personen die Voraussetzungen von Abs. 1, so haften sie als Gesamtschuldner.</p>	<p>Abs. 4 entfällt, da im Kita-Gesetz § 17 Abs. 2 geregelt ist, dass das Einkommen der Eltern ohne Bezug auf die Personensorge zugrunde zu legen ist.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Ermittlung der Kita-Beiträge</p> <p>(1) Der Kita-Beitrag wird nach dem Alter der betreuten und der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder der</p>	<p style="text-align: center;">§ 10 Ermittlung des Kostenbeitrages</p> <p>(1) Der Kostenbeitrag <u>bemisst sich</u> nach</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem Alter und dem Betreuungsumfang der 	<p>Geänderte Darstellung zur Übersichtlichkeit</p>

<p>Eltern/Personensorgeberechtigten sowie nach dem Betreuungsumfang gestaffelt. Darüber hinaus wird der Kita- Beitrag gestaffelt nach dem bereinigten Jahresnettoeinkommen der Eltern / Personensorgeberechtigten entsprechend der Einkommensgruppen nach Anlage 1 Seite 1 bis 4. Das bereinigte Jahresnettoeinkommen wird nach den Vorschriften des § 16 in Verbindung mit § 17 ermittelt.</p> <p>(2) Eltern/Personensorgeberechtigte, deren unbereinigtes Jahresnettoeinkommen die Einkommensgrenzen nach §§ 85 ff. Sozialgesetzbuch XII nicht übersteigt, entrichten Kita- Beiträge in Höhe des Mindestbeitrages.</p> <p>(3) Der Höchstbeitrag nach Anlage 1, den die Eltern / Personensorgeberechtigten entrichten, darf die Kosten des Platzes abzüglich der Zuschüsse nicht übersteigen. Die Platzkosten sind mindestens im 2-Jahres-Rhythmus zu kalkulieren.</p> <p>(4) Grundsätzlich wird vom Jahresnettoeinkommen der Eltern / Personensorge-berechtigten vom Vorjahr zum Zeitpunkt der Ermittlung ausgegangen. Wenn das voraussichtliche Einkommen nach § 16 Abs. 1 im laufenden Kalenderjahr wesentlich niedriger oder höher ist als das dem Bescheid zugrunde liegende unbereinigte Jahresnettoeinkommen, so muss vom Einkommen des laufenden Kalenderjahres ausgegangen werden. Von einer wesentlichen Einkommensveränderung im Sinne dieser Satzung wird ausgegangen, wenn das Einkommen um 15 % höher bzw. niedriger liegt.</p> <p>(5) Verringert sich das Jahresnettoeinkommen wesentlich, kann die Ermittlung der Kita- Beiträge auf Antrag der/des</p>	<p>betreuten Kinder,</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem Elterneinkommen entsprechend der Einkommensgruppen nach Anlage 1; die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung, und • der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder. <p><u>Die Höhe des Kostenbeitrags ergibt sich aus der Anlage 1, die Bestandteil dieser Satzung ist.</u></p> <p>(2) Personensorgeberechtigte, die mit ihrem Kind die Eltern-Kind-Gruppe besuchen, entrichten keinen monatlichen Kostenbeitrag. Im Falle der Inanspruchnahme einer Verpflegungsleistung wird nur der Zuschuss zur Mittagsversorgung fällig.</p>	<p>In der 2014er Satzung § 15 Abs. 8</p> <p>Regelungen der Absätze 3 bis 6 werden ersetzt durch § 11 Abs. 5</p>
--	--	---

<p>Eltern/Personensorgeberechtigten mehrmals im Jahr durchgeführt werden. Die Neufestsetzung beginnt ab dem 1. des Monats, in dem die Neuberechnung beantragt wird. § 17 Abs. 4 bleibt unberührt.</p> <p>(6) Erhöht sich das Einkommen wesentlich, mindestens jedoch um 2.400 EUR p.a., so haben die Eltern / Personensorge-berechtigten dies unverzüglich anzuzeigen. Die Neufestsetzung beginnt ab dem 1. des Monats, in dem der Tatbestand eingetreten ist. Fehlende, unvollständige oder falsche Angaben zu den finanziellen Verhältnissen führen zur Nachforderung durch die Stadt Hennigsdorf. § 17 Abs. 5 bleibt unberührt.</p> <p>(7) Für jedes Kind ab vollendetem 2. Lebensjahr, das in der Kindertagesstätte „Schmetterling“, Fontanesiedlung 19, betreut wird, erhöht sich der Kita- Beitrag aufgrund des vorgehaltenen Badebeckens monatlich um 2,56 EUR. § 15 Abs. 2 bleibt unberührt.</p> <p>(8) Eltern/Personensorgeberechtigte, die mit ihrem Kind eine Eltern-Kind-Gruppe besuchen, entrichten keinen monatlichen Kita-Beitrag. Im Falle der Inanspruchnahme einer Verpflegungsleistung wird das Essengeld fällig.</p> <p>(9) Nutzt ein Kind das Hausaufgabenangebot gemäß § 10 Abs. 5 wird ein monatlicher Beitrag in Höhe von 10,00 EUR fällig. Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und XII entrichten einen Beitrag in Höhe von 5,00 EUR. Dieser Kostenbeitrag wird nur für die Schulzeit erhoben. Die Monate Juli, August und Dezember bleiben beitragsfrei. Es gelten die Regelungen dieser Satzung zur Erhebung des Elternbeitrages sowie zur</p>		<p>Für die Nutzung des Schwimmbades wird kein gesonderter Beitrag mehr erhoben.</p> <p>Geregelt im § 10 Abs. 2</p> <p>Das Angebot wurde eingestellt.</p>
--	--	--

Kündigung entsprechend.		
<p style="text-align: center;">§ 16 Jahresnettoeinkommen</p> <p>(1) Als Einkommen gilt die Summe des im letzten Kalenderjahr vor Festsetzung der Kita- Beiträge erzielten Jahresnettoeinkommens zuzüglich der sonstigen Einnahmen der/des Eltern / Personensorgeberechtigten.</p> <p>(2) Jahresnettoeinkommen ist das Jahresbruttoeinkommen abzüglich der pauschalierten Werbungskosten, des Arbeitnehmeranteils der Sozialversicherung und der Lohn- und Kirchensteuer. Höhere Werbungskosten sind durch Einkommenssteuerbescheid nachzuweisen. Sie können maximal bis zu 4 Wochen nach Erhalt des Einkommenssteuerbescheides geltend gemacht werden.</p> <p>(3) Zu den sonstigen Einnahmen der Eltern/Personensorgeberechtigten gehören alle monatlich oder jährlich wiederkehrende Geldbezüge, unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig oder steuerfrei sind, einschließlich öffentlicher Leistungen für die Eltern/Personensorgeberechtigten. Dazu gehören: wegen Geringfügigkeit pauschal vom Arbeitgeber versteuertes Einkommen, Renten, Unterhaltsleistungen, darlehensfreies Bafög, Einnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, dem SGB II und XII sowie alle sonstigen Leistungen nach den Sozialgesetzen (z.B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Kindergeld, Wohngeld), Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem</p>	<p style="text-align: center;">§ 11 Maßgebliches Einkommen</p> <p>(1) <u>Maßgeblich ist das Elterneinkommen (Jahresnettoeinkommen zuzüglich der sonstigen Einnahmen der Eltern) des laufenden Kalenderjahres.</u></p> <p>(2) Jahresnettoeinkommen <u>gemäß Absatz 1</u> ist das Jahresbruttoeinkommen abzüglich der pauschalierten Werbungskosten, des Arbeitnehmeranteils der Sozialversicherung und der Lohn- und Kirchensteuer. Höhere Werbungskosten sind durch Einkommenssteuerbescheid nachzuweisen. Sie können auch rückwirkend maximal bis zu 2 Monate nach Erhalt des Einkommenssteuerbescheides geltend gemacht werden.</p> <p>(3) Zu den sonstigen Einnahmen <u>gemäß Absatz 1</u> gehören alle monatlich oder jährlich wiederkehrenden Geldbezüge, unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig oder steuerfrei sind, einschließlich öffentlicher Leistungen, insbesondere: wegen Geringfügigkeit pauschal vom Arbeitgeber versteuertes Einkommen, Renten, Unterhaltsleistungen, darlehensfreies Bafög, Einnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, dem SGB II und XII sowie alle sonstigen Leistungen nach den Sozialgesetzen (z.B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Wohngeld), Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Beamtenversorgungsgesetz und dem Wehrgesetz. Nicht zu berücksichtigen ist das <u>Kindergeld sowie das Elterngeld nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes zum</u></p>	<p>Das Kindergeld entfällt zukünftig bei der Einkommensermittlung.</p>

<p>Beamtenversorgungsgesetz und dem Wehrgesetz.</p> <p>(4) Bei Einkünften aus selbständiger Tätigkeit wird von der Summe des positiven Jahreseinkommens (Gewinn) ausgegangen. Es ergibt sich aus den Einnahmen abzüglich der Betriebsausgaben. Ein Ausgleich von positiven Einkünften mit Verlusten aus anderen Einkommensarten oder mit Verlusten des getrennt oder zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.</p> <p>(5) Bei Selbständigen, die noch keinen Einkommenssteuerbescheid erhalten haben, ist im 1. Jahr von einer Einkommensselbsteinschätzung auszugehen. Der Einkommenssteuerbescheid ist, nachdem er den Eltern/ Personensorgeberechtigten zugegangen ist, unverzüglich vorzulegen. Der Bescheid über die Erhebung von Kita- Beiträgen wird auf der Grundlage des tatsächlichen Einkommens korrigiert.</p> <p>(6) Nicht aufzuführen ist das Elterngeld bis zu einer Höhe von 300 EUR monatlich.</p>	<p>Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) vom 5.12.2005, in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.01.2015 (BGBl. I, 33) zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 9 des Gesetzes vom 23.05.2017 (BGBl. I, 1228) bis zu einer Höhe von 300 EUR monatlich. Das Elterngeld Plus wird nach § 10 Abs. 3 <u>BEEG</u> bis zu einer Höhe von 150 EUR monatlich nicht als Einkommen angerechnet.</p> <p>(4) Bei Einkünften aus selbständiger Tätigkeit wird von der Summe des positiven Jahreseinkommens (Gewinn) ausgegangen. Es ergibt sich aus den Einnahmen abzüglich der Betriebsausgaben. Ein Ausgleich von positiven Einkünften mit Verlusten des getrennt oder zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.</p> <p>(5) <u>Die Festsetzung des Kostenbeitrags erfolgt zunächst vorläufig auf der Grundlage des Einkommens des jeweiligen Vorjahres. Die endgültige Festsetzung erfolgt im jeweiligen Folgejahr, sobald die Beitragspflichtigen das Einkommen gemäß § 8 Abs.2 dieser Satzung nachgewiesen haben. Ungeachtet dessen kann die</u></p>	<p>Berücksichtigung der veränderten Regelung zum Elterngeld Plus – 2014 geregelt im § 16 Abs. 6</p> <p>Regelung im § 11 Abs. 6</p> <p>§ 11 Abs. 5 ersetzt die Regelungen aus § 15 Abs. 3 bis 6 und § 16 Abs. 5: Grundsätzlich wird mit der jährlichen Ermittlung der Einkommen die Korrektur für das vergangene Kita-Jahr durchgeführt.</p>
--	---	---

	<p><u>vorläufige Festsetzung auf Antrag der/des Kostenbeitragspflichtigen auch während des laufenden Kalenderjahres geändert werden, wenn sich das Einkommen unterjährig verringert oder erhöht. In diesen Fällen erfolgt die Neufestsetzung rückwirkend bis zu dem Monat, in dem die Verringerung bzw. Erhöhung des Einkommens eingetreten ist.</u></p> <p>(6) <u>Selbständige weisen das Einkommen durch den jährlichen Einkommenssteuerbescheid nach. Sofern dieser zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht vorliegt, ist von einer Einkommensselbsteinschätzung auszugehen. Der jährliche Einkommenssteuerbescheid ist, nachdem zugegangen ist, unverzüglich vorzulegen.</u></p>	<p>Regelung im § 11 Abs. 5</p>
<p style="text-align: center;">§ 17 Bereinigung des Jahresnettoeinkommens</p> <p>(1) Sind die Eltern/Personensorgeberechtigten für mehr als ein Kind unterhaltsverpflichtet, so wird das Jahresnettoeinkommen für das zweite und jedes weitere Kind, das in der Familie der/des Eltern / Personensorgeberechtigten lebt, jeweils um 300 EUR je Monat reduziert.</p> <p>(2) Sind in der Lebensgemeinschaft beide Partner beitragspflichtig, so wird das Jahresnettoeinkommen der Familie um 300 EUR je Monat reduziert.</p> <p>(3) Unterhaltsberechtigte Personen, die nicht im Haushalt des/der Eltern / Personensorgeberechtigten leben, wirken sich in Höhe des Unterhaltstitels einkommensmindernd</p>	<p style="text-align: center;">§ 12 Berücksichtigung der unterhaltsberechtigten Kinder</p> <p>(1) Sind die Personensorgeberechtigten für mehr als ein Kind unterhaltsverpflichtet, so wird das Jahresnettoeinkommen für das zweite und jedes weitere Kind, das im Haushalt der Beitragspflichtigen lebt, jeweils um 3.600 € pro Jahr reduziert. <u>Das so ermittelte Jahresnettoeinkommen gilt für alle betreuten Kinder.</u></p> <p>(2) <u>Unterhaltszahlungen für Kinder</u>, die nicht im Haushalt der Beitragspflichtigen leben, werden in Höhe des jeweiligen Unterhaltstitels vom Jahresnettoeinkommen abgezogen.</p>	<p>Veränderung des Freibetrages je Kind von 300 € im Monat auf 3.600 € im Jahr</p> <p>Die bisherige Handhabung wird zur Information/Klarheit dargelegt.</p> <p>Streichung des Abs. 2 (2014er Satzung), da nach Kita-Gesetz nur unterhaltspflichtige Kinder, nicht die Ehepartner zu berücksichtigen sind</p> <p>- siehe vorherige Erläuterung - Grundlage ist das Einkommen der Eltern, daher sind die Unterhaltszahlungen zwischen den</p>

<p>aus.</p> <p>(4) Die Bereinigung des Jahresnettoeinkommens entsprechend § 17 Abs. 1 bis 3 kann jederzeit beantragt werden und gilt, solange die Gründe dafür bestehen.</p> <p>(5) Ergibt sich aufgrund des Eintritts eines Bereinigungstatbestandes ein neuer Kita-Beitrag, so wird dieser vom 1. des Monats an berücksichtigt, in dem eine Neufestsetzung durch die/den Eltern / Personensorgeberechtigten beantragt wird.</p> <p>(6) Fallen die Bereinigungstatbestände weg, so haben die Eltern / Personensorgeberechtigten dies unverzüglich anzuzeigen. Falsche oder unvollständige Angaben zu den persönlichen und/oder finanziellen Verhältnissen führen zur Nachforderung durch die Stadt Hennigsdorf. Die Neufestsetzung bzw. Nachforderung beginnt ab dem Monat, in dem der Tatbestand eingetreten ist.</p>	<p>(3) Die Berücksichtigung unterhaltsberechtigter Kinder entsprechend Abs. 1 und 2 kann jederzeit beantragt werden und gilt, solange die Gründe dafür bestehen.</p> <p>(4) Ändern sich die nach Abs. 1 und 2 maßgeblichen Tatbestände, so wird dies vom 1. des Monats an berücksichtigt, in dem eine Neufestsetzung beantragt wird.</p> <p>(5) Entfallen nach Abs.1 und 2 maßgebliche Tatbestände, so haben die Beitragspflichtigen dies unverzüglich anzuzeigen. Falsche oder unvollständige Angaben zu den persönlichen und/oder finanziellen Verhältnissen führen zur Nachforderung durch den Träger. Die Neufestsetzung bzw. Nachforderung beginnt ab dem Monat, in dem der Tatbestand eingetreten ist.</p>	<p>Eltern unerheblich</p>
<p style="text-align: center;">§ 18 Essengeld</p> <p>(1) Wird das Kind in einer Kindertagesstätte mit einem Mittagessen versorgt, so wird neben dem Kita-Beitrag ein tägliches Essengeld in Höhe von 1,96 EUR für Kinder bis zum Wechsel in die Grundschule und in Höhe von 2,26 EUR für Grundschulkindern erhoben. Für Frühstücks- und Vesperangebote sorgen die Eltern / Personensorgeberechtigten. Das Mittag-essen wird in den dafür vorgesehenen Räumen der</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Zuschuss zum Mittagessen (Essengeld)</p> <p>(1) Wird das Kind in einer Kindertagesstätte mit einem Mittagessen versorgt, so wird neben dem Kostenbeitrag ein Zuschuss zum Mittagessen erhoben (Essengeld).</p> <p>(2) Das Essengeld gemäß Absatz 1 wird in der Satzung über die Erhebung von Zuschüssen zur Mittagsversorgung in kommunalen Kindertagesstätten und in Kindertagespflege</p>	<p>- Abs. 1, Satz 1: Aufgrund der Regelung in der Satzung über die Erhebung von Zuschüssen zur Mittagsversorgung (Essengeldsatzung) entfällt die Festsetzung in der Kita-Satzung</p> <p>- Abs. 1, Satz 2: Frühstück und Vesper werden seit dem 01.08.2018 durch den Träger gestellt</p>

<p>Kindertagesstätte eingenommen. Die Mitnahme außer Haus ist nicht gestattet.</p> <p>(2) Das Essengeld wird als monatlicher Festbetrag in Höhe von 35 EUR, ermäßigt nach Abs. 5 in Höhe von 10 EUR, in 12 Raten erhoben und jeweils zum 28. des laufenden Monats fällig.</p> <p>(3) Zweimal jährlich, in der Regel im Monat Februar und August, wird das Essengeld mit der tatsächlichen Anwesenheit des vorangegangenen Halbjahres verrechnet. Die Eltern / Personensorgeberechtigten erhalten einen Bescheid, der die Rückzahlung bzw. Nachforderung durch die Stadt regelt.</p> <p>(4) Ein Tag gilt als Anwesenheitstag, wenn das Kind nicht bis spätestens 7.30 Uhr persönlich, telefonisch oder schriftlich in der Kindertagesstätte abgemeldet wird.</p> <p>(5) Liegen für die Teilnahme am Mittagessen von Kindern, deren Eltern / Personensorge-berechtigte Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, entsprechende Gutscheine oder Kostenübernahmeerklärungen für die Mehraufwendungen durch das zuständige Jobcenter vor, so trägt der zu entrichtende Eigenanteil 0,50 EUR je Mittagessen.</p> <p>(6) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten erhalten ein Mittagessen zu einem Preis von 3,00 EUR pro Portion. betriebsfremde Personen, die an der Mittagsversorgung in den Kindertages-stätten teilnehmen, entrichten den Essenpreis entsprechend der Kalkulation pro Portion direkt an die Leitung der Kindertagesstätte.</p>	<p>geregelt.</p>	<p>- Abs. 1, Satz 3 und 4 wird in den Betreuungsverträgen geregelt - Abs. 2 der Satzung 2019: Verweis auf die Essengeldsatzung - die Abs. 2 bis 5 der 2014er Satzung entfallen aus o.g. Grund in der Kita-Satzung</p> <p>Abs. 6: die Kosten für die Teilnahme am Mittagessen für Mitarbeiter*innen oder betriebsfremde Personen wird nicht in einer Satzung geregelt</p>
--	------------------	--

<p style="text-align: center;">§ 19 Gastkinder</p> <p>(1) In begründeten Ausnahmefällen kann die Betreuung von Gastkindern gewährt werden. Von Gastkindbetreuung wird ausgegangen, wenn Kinder für einen Zeitraum von weniger als einen Monat betreut werden, die keinen Rechtsanspruch gegen die Stadt Hennigsdorf haben.</p> <p>(2) In diesen Ausnahmefällen wird der Kita-Beitrag einkommensunabhängig nach Tagessätzen berechnet und ist zuzüglich zum Essengeld im Voraus zu entrichten. Der Tagessatz beträgt bei Regelbetreuung für ein Kind bis zum vollendeten 3. Lebensjahr 15 EUR, für ein Kind von 3 Jahren bis zur Einschulung 10 EUR und für ein Kind im Grundschulalter 8 EUR. Bei kürzeren oder längeren Betreuungszeiten wird der Tagessatz entsprechend dem Vomhundertsatz nach Anlage 1 angepasst.</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Gastkinder</p> <p>(1) In begründeten Ausnahmefällen kann die Betreuung von Gastkindern gewährt werden. Von Gastkindbetreuung wird ausgegangen, wenn Kinder für einen Zeitraum von weniger als einen Monat betreut werden, die keinen Rechtsanspruch gegen die Stadt Hennigsdorf haben.</p> <p>(2) In diesen Ausnahmefällen wird der Kostenbeitrag einkommensunabhängig nach Tagessätzen berechnet und ist zuzüglich zum Essengeld im Voraus zu entrichten. Der Tagessatz beträgt bei Regelbetreuung für ein Kind bis zum vollendeten 3. Lebensjahr 15 EUR, für ein Kind von 3 Jahren bis zur Einschulung 10 EUR und für ein Kind im Grundschulalter 8 EUR. Bei kürzeren oder längeren Betreuungszeiten wird der Tagessatz entsprechend dem Vomhundertsatz nach Anlage 1 angepasst.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 20 Beitragsfestsetzung</p> <p>(1) Mit der Aufnahme des Kindes in die Kindertagesstätte, in der Regel ab 1. des Monats, ist der volle Kita- Beitrag gem. § 13 Abs. 6 zu entrichten. Bei einem Wechsel der Einrichtung im laufenden Monat wird keine neue Kostenbeteiligung fällig. Die Gebührenpflicht endet mit Wechsel in die 5. Schuljahrgangsstufe, unter den Voraussetzungen des § 5 Abs. 5 Satz 2 und 3 mit Ende der Grundschulzeit oder durch Kündigung gemäß § 6.</p> <p>(2) Die Festsetzung der Kita- Beiträge erfolgt mittels Bescheid unter dem Vorbehalt des Widerrufs und</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Beitragsfestsetzung</p> <p>(1) Mit der Aufnahme des Kindes in die Kindertagesstätte, in der Regel ab 1. des Monats, ist der volle Kostenbeitrag gem. § 8 Abs. 5 zu entrichten. <u>Erfolgt im ersten Betreuungsmonat die Eingewöhnung mit den Eltern/Personensorgeberechtigten, so wird der Kostenbeitrag für diesen Monat um die Hälfte reduziert.</u> Bei einem Wechsel der Einrichtung im laufenden Monat wird kein neuer Kostenbeitrag fällig.</p>	<p>Neue Regelung: Reduzierung auf hälftigen Kostenbeitrag im Eingewöhnungsmonat mit den Eltern</p> <p>Der Abs. 2 entfällt aufgrund der Regelung im § 11 Abs. 5</p>

<p>gilt jeweils für ein Schuljahr. Wird im Nachhinein festgestellt, dass das Jahresnettoeinkommen der Eltern/Personensorgeberechtigten nach § 16 Abs. 1 wesentlich höher ist, als das dem Bescheid zugrunde liegende unbereinigte Jahresnettoeinkommen, wird der Bescheid auch für die Vergangenheit aufgehoben und nach § 15 Abs. 6 ein neuer Kita- Beitrag auf der Grundlage des höheren Jahresnettoeinkommen festgesetzt.</p> <p>(3) Die Festsetzung des Kita-Beitrages für Kinder im Grundschulalter erfolgt nur für die Schulzeit, also für 9 Monate. Die Betreuung während der Ferien regelt sich nach Teil V dieser Satzung. Die Eltern/Personensorgeberechtigten erhalten für die Ferienzeiten, in denen ihr Kind betreut wird, einen gesonderten Bescheid.</p>	<p>(2) Die Festsetzung des Kostenbeitrages für Kinder im Grundschulalter erfolgt nur für die Schulzeit, also für 9 Monate. Die Betreuung während der Ferien regelt sich nach Teil IV dieser Satzung. Die Personensorgeberechtigten erhalten für die Ferienzeiten, in denen ihr Kind betreut wird, einen gesonderten Bescheid.</p>	
<p style="text-align: center;"><u>Teil IV</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Kindertagespflege</u></p>		<p>-die Höhe der Kostenbeiträge für Kindertagespflege und das Verfahren soll zukünftig die Tagespflegesatzung erfolgen. - Teil IV der 2014er Satzung entfällt daher</p>
<p style="text-align: center;">§ 21 Grundsätze</p> <p>(1) Ist die Betreuung eines Kindes in einer Kindertagesstätte nicht möglich oder unter den Voraussetzungen des § 18 Kindertagesstätten-Gesetz ungeeignet, so kann Tagespflege vermittelt werden. Wünschen die Eltern / Personen-sorgeberechtigten Tagespflege, so soll dem entsprochen werden, wenn ein geeigneter Platz zur Verfügung steht.</p> <p>(2) Zwischen den Eltern / Personensorge-</p>		

<p>berechtigten, der Tagespflegeperson und der Stadt Hennigsdorf ist eine schriftliche Vereinbarung entsprechend § 18 Abs. 3 Kindertagesstätten-Gesetz erforderlich.</p> <p>(3) Die Eltern / Personensorgeberechtigten haben unabhängig vom Alter, nach dem Betreuungsbedarf des Kindes einen monatlichen Kita- Beitrag gemäß der Beitragstabelle der Anlage 1, Seite 1, zu entrichten. Für Kinder im Grundschulalter werden für die Berechnung des monatlichen Kita-Beitrages 12 Monate zugrunde gelegt.</p> <p>(4) Für die Erhebung der Kita- Beiträge finden die Vorschriften dieser Satzung Anwendung.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 22 Leistungen an die Tagespflegepersonen</p> <p>(1) Für den Erziehungs- und Sachaufwand erhält die Tagespflegeperson je betreutem Kind, das mit Hauptwohnsitz in Hennigsdorf gemeldet ist und das einen Rechtsanspruch gegen die Stadt Hennigsdorf hat, einen monatlichen Betrag, der nach dem Betreuungsumfang gestaffelt ist. Dabei wird der Erziehungsaufwand an die tarifliche Entwicklung der Einstiegsvergütung der Erzieher und der Sachaufwand an die Entwicklung der Betriebs- und Sachkosten in den kommunalen Kindertagesstätten gekoppelt.</p> <p>(2) Darüber hinaus erfolgt auf der Grundlage des § 23 Abs. 2 SGB VIII die Erstattung der nachgewiesenen Beiträge zur Berufsgenossenschaft sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zur Altersvorsorge sowie zur Kranken- und</p>		

<p>Pflegeversicherung.</p> <p>(3) Alles Weitere wird in der Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege in der Stadt Hennigsdorf geregelt.</p>		
<p style="text-align: center;"><u>Teil V</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Regelungen der Ferienbetreuung</u></p>	<p style="text-align: center;"><u>Teil IV</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Regelungen der Ferienbetreuung</u></p>	
<p style="text-align: center;">§ 23 Geltungsbereich</p> <p>Die Regelungen der Ferienbetreuung gelten für alle Eltern/Personensorgeberechtigten, die die Betreuung ihrer Kinder im Grundschulalter während der Ferien in Kindertagesstätten der Stadt Hennigsdorf beantragen. Für die Betreuung von Kindern in der 5. und 6. Schuljahrgangsstufe muss ein Bedarf nach § 5 Abs. 5 nachgewiesen werden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 16 Geltungsbereich und Antrag</p> <p>(1) Die Regelungen der Ferienbetreuung gelten für alle Personensorgeberechtigten, die die Betreuung ihrer Kinder im Grundschulalter während der Ferien in einer Horteinrichtung des Trägers beantragen. Für die Betreuung von Kindern in der 5. und 6. Schuljahrgangsstufe muss der Bedarf nach § 3 Abs. 5 nachgewiesen werden.</p> <p>(2) Anträge auf Ferienbetreuung sind 6 Wochen vor dem jeweiligen Ferienbeginn schriftlich bei der Stadt Hennigsdorf zu stellen.</p>	<p>2014 geregelt im § 26 Abs.1</p>
<p style="text-align: center;">§ 24 Betreuungsvertrag</p> <p>(1) Die Betreuungsverträge, die zwischen der Stadtverwaltung Hennigsdorf und den Eltern/Personensorgeberechtigten für die reguläre Betreuung abgeschlossen wurden, gelten auch während der Ferienzeiten.</p> <p>(2) Eltern/Personensorgeberechtigte, die die Betreuung ihrer Kinder im Grundschulalter nur während der Ferien benötigen, müssen gemäß § 5 Abs. 7 dieser Satzung mit dem Träger der</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Betreuungsvertrag</p> <p>(1) Die Betreuungsverträge, die zwischen dem Träger und den Personensorgeberechtigten gemäß § 2 Abs. 1 geschlossen wurden, gelten auch während der Ferien.</p> <p>(2) Personensorgeberechtigte, die die Betreuung ihrer Kinder im Grundschulalter nur während der Ferien benötigen, schließen mit dem Träger einen entsprechenden Betreuungsvertrag. Dieser hat eine</p>	

<p>Einrichtungen einen entsprechenden Vertrag schließen. Dieser hat jeweils für 12 Monate Gültigkeit und bedarf keiner Kündigung.</p>	<p>Laufzeit von 12 Monaten und bedarf keiner Kündigung.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 25 Antragstellung</p> <p>(1) Anträge auf Ferienbetreuung sind 6 Wochen vor dem jeweiligen Ferienbeginn schriftlich auf einem Formblatt bei der Stadtverwaltung Hennigsdorf, Fachdienst Kita und Jugend, zu stellen. Die Formblätter erhalten die Eltern / Personensorgeberechtigten in der Stadtverwaltung oder in den betreuenden Kindertagesstätten.</p> <p>(2) Wird der Antrag nicht 6 Wochen vor Ferienbeginn gestellt und ist insbesondere die personelle Absicherung zur Betreuung weiterer Kinder nicht gegeben, so kann die Stadt Hennigsdorf die Betreuung ablehnen.</p> <p>(3) Die Anträge müssen die Anschrift der Eltern / Personensorgeberechtigten, den Namen des Kindes und der Kindertagesstätte, den Zeitraum der Betreuung und den notwendigen Betreuungsumfang beinhalten.</p>		<p>§ 25 Abs. 1, Satz 1 wird 2019 im § 16 Abs. 2 geregelt</p> <p>Satz 2 sowie die Abs. 2 und 3 werden im BV Hort geregelt</p>
<p style="text-align: center;">§ 26 Beitragserhebung und Fälligkeit</p> <p>(1) Der Kita- Beitrag für die Ferienbetreuung wird nach dem bereinigten Jahresnettoeinkommen der Eltern / Personensorgeberechtigten und nach dem Betreuungsbedarf des Kindes gemäß Anlage 1, Seite 4, mittels Bescheid, den die Eltern / Personen-sorgeberechtigten 4 Wochen vor Ferienbeginn erhalten, festgesetzt.</p> <p>(2) Beantragen Eltern/ Personensorgeberechtigte, die</p>	<p style="text-align: center;">§ 18 Beitragserhebung und Fälligkeit</p> <p>(1) Der Kostenbeitrag für die Ferienbetreuung wird nach dem Jahresnettoeinkommen der Eltern nach §§ 10 bis 12 und nach dem Betreuungsbedarf des Kindes gemäß Anlage 1, Seite 4, mittels Bescheid festgesetzt.</p> <p>(2) Beantragen Personensorgeberechtigte, die selbst</p>	<p>der Zeitpunkt der Festsetzung des Bescheides wird nicht in der Satzung geregelt</p>

<p>selbst und deren Kind nicht mit Hauptwohnsitz in Hennigsdorf gemeldet sind, die Betreuung ihres Kindes während der Ferien, so entrichten sie einen pauschalen Kita- Beitrag von 50 EUR je Ferienwoche bei einer Betreuung von 6 Stunden täglich. Bei längeren oder kürzeren Betreuungszeiten ist der Kita- Beitrag entsprechend dem Vomhundertsatz der Anlage 1 anzupassen.</p> <p>(3) Die Vorschriften des § 10 Abs. 1, 3 und 4, § 13 Abs. 1 bis 3, §§ 14 bis 17 finden entsprechend Anwendung.</p> <p>(4) Die Berechnung erfolgt je angefangene Ferienwoche entsprechend § 29 Abs. 2 und 3 unabhängig von der tatsächlichen Anwesenheit. Eine tageweise Berechnung der Ferienbeiträge erfolgt nicht.</p> <p>(5) Die Kita- Beiträge werden jeweils 2 Wochen vor Ferienbeginn fällig.</p>	<p>und deren Kind nicht in den Geltungsbereich der Satzung fallen, die Betreuung ihres Kindes während der Ferien, so entrichten sie einen pauschalen Kostenbeitrag von 53,40 EUR je Ferienwoche bei einer Betreuung von 6 Stunden täglich. Bei längeren oder kürzeren Betreuungszeiten ist der Kostenbeitrag entsprechend dem Vomhundertsatz der Anlage 1 anzupassen.</p> <p>(3) Die Vorschriften des § 5 Abs. 3 und 4, § 8 Abs. 1 bis 6, §§ 9 bis 12 finden entsprechend Anwendung.</p> <p>(4) Die Berechnung erfolgt je angefangener Ferienwoche entsprechend § 21 unabhängig von der tatsächlichen Anwesenheit. Eine tageweise Berechnung der Kostenbeiträge für die Ferienbetreuung erfolgt nicht.</p>	<p>Der Betrag entspricht dem Höchstbeitrag (Kinder haben keinen Rechtsanspruch in Hennigsdorf)</p> <p>Kostenbeiträge werden in der Regel zum 28. eines Monats fällig, die Fälligkeit wird im Bescheid geregelt</p>
<p style="text-align: center;">§ 27 Rücktritt vom Antrag</p> <p>(1) Der Rücktritt vom Antrag auf Ferienbetreuung ist bis zur Bescheiderteilung über die Höhe des Kita- Beitrages, also bis 4 Wochen vor Ferienbeginn, ohne Beitragserhebung möglich.</p> <p>(2) Ein Rücktritt nach Bescheiderteilung bzw. während der Ferienbetreuung ist zwar möglich, schließt jedoch die Rückforderung der Kita- Beiträge seitens der Eltern/Personensorgeberechtigten aus. Die Erstattung erfolgt dann nur in den Fällen, in denen die Krankheit des betreffenden Kindes während der beantragten Betreuungszeit durch ein ärztliches</p>	<p style="text-align: center;">§ 19 Rücktritt vom Antrag</p> <p>(1) Der Rücktritt vom Antrag auf Ferienbetreuung ist bis 4 Wochen <u>vor der beantragten Betreuung</u> ohne Erhebung eines Kostenbeitrages möglich.</p> <p>(2) Ein späterer Rücktritt ist zwar möglich, schließt jedoch die Rückforderung der Kostenbeiträge seitens der Personensorgeberechtigten aus. Die Erstattung erfolgt dann nur in den Fällen, in denen die Krankheit des betreffenden Kindes während der beantragten Betreuungszeit durch ein ärztliches Attest bestätigt wird.</p>	<p>Neu: Rücktritt bis 4 Wochen vor der Betreuung statt 4 Wochen vor Ferienbeginn – relevant insbesondere für die Sommerferien</p>

Attest bestätigt wird.		
<p style="text-align: center;">§ 28 Mittagsversorgung</p> <p>(1) Kinder, die an der Ferienbetreuung teilnehmen, können entsprechend den Bestimmungen des § 18 dieser Satzung mit einem Mittagessen versorgt werden.</p> <p>(2) Entspricht die Anzahl der Ferientage nicht der tatsächlichen Anwesenheit, erfolgt die Verrechnung des Essengeldes entsprechend § 18 Abs. 3. § 18 Abs. 4 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Für Kinder, die während der Schulzeit in den Grundschulen mit Mittagessen versorgt werden, entrichten die Eltern / Personensorgeberechtigten das Essengeld bei Versorgung in einer Kindertagesstätte je anwesendem Tag in Höhe des jeweils gültigen Essenpreises bei der Leitung der betreuenden Kindertagesstätte. Dies gilt auch für Kinder, die nur in den Ferien oder nach § 26 Abs. 2 betreut werden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 20 Zuschuss zum Mittagessen</p> <p>(1) Kinder, die an der Ferienbetreuung teilnehmen, können auf der Grundlage der Satzung über die Erhebung von Zuschüsse zur Mittagsversorgung mit Mittagessen versorgt werden,</p>	<p>Siehe § 13: Regelung des Essengeldes in der Essengeldsatzung (BV 0014/2019)</p>
<p style="text-align: center;">§ 29 Festlegung der Ferienwochen</p> <p>(1) Die Ferienwochen, für die eine Beantragung gemäß § 25 erforderlich ist, werden, anlehnend an die Festlegungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, jährlich durch die Stadtverwaltung festgelegt und im Amtsblatt der Stadt Hennigsdorf veröffentlicht.</p> <p>(2) Bei der Festlegung gelten in der Regel Kalenderwochen als Ferienwochen.'</p> <p>(3) Bei Ferien, die inmitten einer Woche beginnen und/oder enden, gelten jeweils 5 Tage als 1</p>	<p style="text-align: center;">§ 21 Festlegung der Ferienwochen</p> <p>(1) Die Ferienwochen, für die eine Beantragung nach § 16 Abs. 2 erforderlich ist, werden auf der Grundlage der Vorgaben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport jährlich durch die Stadtverwaltung festgelegt und im Amtsblatt der Stadt Hennigsdorf veröffentlicht.</p> <p>(2) Bei der Festlegung gelten in der Regel Kalenderwochen als Ferienwochen. Bei Ferien, die inmitten einer Woche beginnen und/oder enden, gelten jeweils 5 Tage als 1 Ferienwoche. Ab dem 6. Betreuungstag werden die Kostenbeiträge für zwei</p>	<p>Abs. 2 und 3 sind zusammengefasst</p>

Ferienwoche. Ab dem 6. Betreuungstag werden die Kita- Beiträge für zwei Wochen erhoben.	Wochen erhoben.	
<p style="text-align: center;">§ 30 Betreuung ohne Antragstellung</p> <p>(1) Für die den Schulen gemäß der Festlegungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung stehenden beweglichen Ferientage sowie für Ferienwochen bis zu zwei Tagen erfolgt die Betreuung für regelmäßig in Hennigsdorfer Kindertagesstätten betreute Kinder ohne Antragstellung und somit ohne Beitragserhebung. Damit sollen die Tage ausgeglichen werden, die durch Ferien kleiner als eine bzw. zwei Woche/n nicht voll in Anspruch genommen werden können.</p> <p>(2) Dies trifft nicht in den Fällen zu, in denen die Betreuung ausschließlich in den Ferien oder an den unter Abs. 1 benannten Tagen erfolgt. Hierbei ist grundsätzlich je angefangene Woche der wöchentliche Kita- Beitrag zu entrichten. Gleiches gilt für Kinder, die nach § 26 Abs. 2 betreut werden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 22 Betreuung ohne Antragstellung</p> <p>(1) Für die den Schulen gemäß der Festlegungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung stehenden beweglichen Ferientage sowie für <u>die beiden ersten Tage der Sommerferien</u> erfolgt die Betreuung für regelmäßig in Hennigsdorfer Kindertagesstätten betreute <u>Grundschulinder</u> ohne Antragstellung und somit ohne Kostenbeitragserhebung. Damit sollen die Tage ausgeglichen werden, die durch Ferien kleiner als eine bzw. zwei Woche/n nicht voll in Anspruch genommen werden können.</p> <p>(2) Dies trifft nicht in den Fällen zu, in denen die Betreuung ausschließlich in den Ferien oder an den unter Abs. 1 benannten Tagen erfolgt. Hierbei ist grundsätzlich je angefangene Woche der wöchentliche Kostenbeitrag zu entrichten. Gleiches gilt für Kinder, die nach § 18 Abs. 2 betreut werden.</p>	<p>- die Veränderung von „Ferienwochen bis zu 2 Tage“ auf „die ersten beiden Tage der Sommerferien“ erfolgt zur Klarstellung und ist Praxis - „Grundschulkinder“ statt „Kinder“</p>
<p><u>Teil VI</u></p> <p><u>Schlussbestimmungen</u></p>	<p><u>Teil V:</u></p> <p><u>Schlussbestimmungen</u></p>	
<p style="text-align: center;">§ 31 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt gemäß § 15 KAG, wer als Eltern/Personensorgeberechtigte/er leichtfertig</p> <p>a) der Körperschaft, der die Abgabe zusteht oder einer anderen Behörde über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder</p>		<p>§ 31 entfällt, da dies: bereits gesetzlich geregelt ist, Grundlage nicht KAG sondern SGB X</p>

<p>b) die Körperschaft, der die Abgabe zusteht, pflichtwidrig über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt (leichtfertige Abgabenverkürzung).</p> <p>(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder leichtfertig</p> <p>a) Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind oder</p> <p>b) den Vorschriften einer Abgabensatzung zur Sicherung der Abgabenerhebung, insbesondere zur Anmeldung und Anzeige von Tatsachen, zur Führung von Aufzeichnungen oder Nachweisen, zur Kennzeichnung oder Vorlegung von Gegensätzen oder zur Erhebung und Abführung von Abgaben zuwiderhandelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).</p> <p>(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Abs. 1 und 2 mit einer Geldbuße gemäß § 15 KAG geahndet werden.</p>		
<p style="text-align: center;">§ 32 Datenschutz</p> <p>Die persönlichen Angaben der Personensorgeberechtigten unterliegen dem Datenschutz.</p>	<p style="text-align: center;">§ 23 Datenschutz</p> <p>(1) Zur Berechnung der Kostenbeiträge werden die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Aufnahme- und Anmelde Daten der Kinder sowie entsprechende Daten der <u>Eltern/Personensorgeberechtigten</u> erhoben.</p>	<p>Übernahme der Neuregelungen zum Datenschutz</p>

	<p>(2) Die Eltern/Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, unverzüglich alle notwendigen Angaben im Zusammenhang mit der Betreuung des Kindes wahrheitsgemäß und vollständig dem Träger gegenüber bekannt zu machen. Dies gilt insbesondere für die Angaben zur Ermittlung des Kostenbeitrages (Einkommensnachweise, Angaben zum Wohnort und zur Anschrift, Angaben zu den unterhaltsberechtigten Kindern, Änderungen des Familienstandes und des Rechtsanspruches u.a.).</p> <p>(3) Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch den Träger als Leistungsverpflichteter ist zulässig, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben zur Festsetzung und Erhebung der <u>Kostenbeiträge</u> erforderlich ist. Die Daten sind zu löschen, sobald sie dafür nicht mehr erforderlich sind.</p> <p>(4) Rechtsgrundlage für den Umgang mit den erhobenen Daten ist das zweite Kapitel des SGB X (Schutz der Sozialdaten) und die damit in Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen.</p>	
<p>§ 33 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p> <p>(1) Diese Satzung tritt zum 01.09.2014 in Kraft.</p> <p>(2) Gleichzeitig tritt die Kindertagesstättensatzung der Stadt Hennigsdorf BV 0019/2013 vom 19.06.2013 außer Kraft.</p>	<p>§ 24 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt zum 01.08.2019 in Kraft.</p> <p>Hennigsdorf, 27.02.2019</p>	<p>Die 2014er Satzung wird für aktuelle und spätere Verfahren nicht außer Kraft gesetzt.</p>